

express

Zeitung für sozialistische
Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit



Prä- und Post-Streik

ver.di-Mitglieder billigen Tarifabschluss – von Heiner Dribbusch

In: *express* 5/2023

Am 30. März 2023 gab ver.di das Ergebnis der zweiten Urabstimmung bei der Deutschen Post AG bekannt. 61,7 Prozent der ver.di-Mitglieder stimmten dem Verhandlungskompromiss vom 11. März zu. Euphorie sieht anders aus, eine überwältigende Ablehnung jedoch erst recht.

Zur Erinnerung: ver.di hatte nach einer vorausgegangenen Mitgliederbefragung für die rund 160.000 Tarifbeschäftigten eine lineare Erhöhung der Entgelte von 15 Prozent bei zwölf Monaten Laufzeit gefordert (siehe *express* 3-4/2023, S. 7). Nach mehreren umfangreichen Warnstreiks und einer erfolgreich durchgeführten Urabstimmung, bei der 86 Prozent der ver.di-Mitglieder ein erstes Angebot der Deutschen Post abgelehnt hatten, gab es, ohne dass es zum Erzwingungsstreik gekommen wäre, eine Einigung. Neben einer in Stufen erfolgenden Zahlung eines Inflationsausgleichsgeldes von 3.000 Euro (bei Vollzeitbeschäftigung) werden ab April 2024 alle Tarifentgelte um 340 Euro steigen – was vor allem für die vielen Beschäftigten in den unteren Entgeltgruppen überproportionale Steigerungen bedeutet. Im Gegenzug akzeptierte ver.di eine 24-monatige Laufzeit des Tarifvertrags bis 31. Dezember 2024.

Dafür, dass es tatsächlich zum Streik gekommen wäre, hätten mehr als 75 Prozent der Mitglieder das Tarifergebnis ablehnen müssen, womit nicht zu rechnen war. Warum trotz durchaus vorhandener Unzufriedenheit mit dem Abschluss – den meisten Mitgliedern war durchaus bewusst, dass 24 Monate Laufzeit etwas anderes als zwölf Monate sind – eine relativ deutliche Mehrheit im Einzelnen für den Abschluss votierte, wissen wir nicht. Einzelne Gespräche mit Beschäftigten im Vorfeld der Abstimmung deuteten jedoch darauf hin, dass vor allem bei älteren ver.di-Mitgliedern auch die Erfahrung mit dem Arbeitskampf des Jahres 2015 nachwirkte. Zum einen, so die Einschätzung, sei der lange Arbeitskampf ja trotz Streikgeld mit eigenen finanziellen Einbußen verbunden gewesen und habe zudem auch auf der materiellen Seite kein überwältigendes Ergebnis gebracht. Zum anderen hätten vor allem die Zusteller:innen die Erfahrung gemacht, dass sie am Ende die über Wochen angesammelte Post dennoch ausliefern mussten. Insgesamt spricht vieles dafür, dass das Ergebnis der zweiten Urabstimmung eine überwiegend pragmatische Abwägung der Chancen und Risiken eines möglicherweise längeren Arbeitskampfs widerspiegelt. Am Ende wog für die Mehrheit der Mitglieder das materielle Ergebnis des Verhandlungskompromisses offensichtlich schwerer als die Einschätzung, dies durch einen Erzwingungsstreik substanziell verbessern zu können.

express im Netz und Bezug unter: www.express-afp.info

Email: express-afp@online.de

express / AFP e.V., Niddastraße 64, VH, 4. OG, 60329 Frankfurt a.M.

Bankverbindung für Spenden und Zahlungen:

AFP, Sparda-Bank Hessen eG, IBAN: DE28 5009 0500 0003 9500 37, BIC: GENODEF1S12